

Antrag

**der Abgeordneten Dennis Thering, Franziska Rath, Dennis Gladiator,
Carsten Ovens, Michael Westenberger (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 21/17127

Betr.: Die fetten Jahre sind vorbei – Kein Freifahrtschein für grüne Wahlgeschenke, Kostenberechnung für Radleasingmodell vor (!) dessen Einführung vorlegen und „ökologischen Fußabdruck“ ausmessen

Ein zeitgemäßer Mix aus Autos, Lkws, Bahnen, Bussen, Zufußgehen, Fähren und Fahrrädern ist von entscheidender Bedeutung für die zukünftige Ausgestaltung der Mobilität in Hamburg. Dies gilt für Hamburg als Herz einer Metropolregion mit über 5 Millionen Einwohnern und Hafenstandort von Weltrang umso mehr. Eine moderne Mobilität im 21. Jahrhundert bedeutet aber auch, Faktoren wie beispielsweise Lärmschutz, Umweltverträglichkeit und Gesundheitsorientierung zu berücksichtigen. Kein anderes Verkehrsmittel vereint diese Kriterien so gut wie das Fahrrad. Deshalb muss es als Kernbestandteil moderner Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik weiter gefördert werden.

Dies kann und darf aber nicht ohne Rücksicht auf (finanzielle) Verluste geschehen. Das von den Urhebern des zugrunde liegenden Antrags vom Senat geforderte „Radleasingmodell“ erscheint nicht nur deshalb unausgegoren, weil es sich bis auf weiteres ausschließlich an Beamte und nicht an Angestellte im öffentlichen Dienst richten soll. Vielmehr enthält der gesamte Antrag keinerlei Angaben zu den dadurch auf die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) zukommenden Kosten und deren Finanzierung. Eine derartige Laxeheit zulasten der Steuerzahler kann sich Hamburg nicht erst seit der am 21. Mai 2019 veröffentlichten Steuerschätzung und dem hierbei für die kommenden Jahre prognostiziertem deutlichen Rückgang des Steuerwachstums¹ nicht mehr leisten. Vielmehr ziehen am Horizont der Weltkonjunktur bereits seit Längerem „dunkle Wolken“ auf, die die exportorientierte deutsche Wirtschaft und hier vor allem den Hamburger Hafen als „Tor zur Welt“ mit großer Wucht und gravierenden Folgen für den Arbeitsmarkt, das Wirtschaftswachstum, das Steueraufkommen und den Gesamthaushalt treffen könnten.

Darüber hinaus gehen die Autoren des Grundlagenantrags erstaunlicherweise an keiner Stelle auf die Nachhaltigkeitsbilanz eines *Leasing*modells für Elektrofahrräder ein. Ein solcher „ökologischer Fußabdruck“ ist bei einem Modell dieser Art allerdings von erheblichem Interesse. Denn die an sich klimapolitisch positiven E-Bikes werden im Rahmen eines Leasingmodells nach Ende der Vertragslaufzeit ohne Garantie- und Kulanzanspruch in den Gebrauchtmittelmarkt überführt. Dort besteht dann nicht nur die Gefahr eines rapiden Wertverfalls, weil es keine Verantwortlichkeit zur Behebung komplizierter und potenziell teurer Defekte mehr gibt. Vielmehr droht die Gefahr, dass diese vergleichsweise teuren Vehikel im nächsten Schritt arglos entsorgt und als

¹ Für den Zeitraum 2020 – 2023 wurde die prognostizierte Summe der Hamburg in diesen Jahren zufließenden Steuereinnahmen gegenüber der Herbststeuerschätzung 2018 um insgesamt 901 Millionen Euro gesenkt.

„Elektroschrott“ auf irgendwelchen Mülldeponien im außereuropäischen Ausland zum Nachteil der dort lebenden Menschen, der dortigen Natur und des Klimas enden.²

Die Bürgerschaft möge daher statt des Petitums aus Drs. 21/17127 folgendes Petitum beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. von der pauschalen Einführung eines Radleasingmodells im Landesbereich abzusehen, sondern zunächst dessen Umsetzung grundlegend zu prüfen und im Rahmen dieser Prüfung unter anderem die seitens der FHH zu veranschlagenden Kosten und deren Finanzierung sowie den absehbar entstehenden ökologischen Fußabdruck zu ermitteln.
2. der Bürgerschaft den abschließenden Prüfbericht bis zum 31. Oktober 2019 vorzulegen.

² Siehe unter anderem: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/elektroschrott-in-afrika-recyclingmethoden-schaden-a-1085773.html>, letzter Zugriff: 21.05.2019.